Bund Deutscher Kriminalbeamter

Sebastian Fiedler nimmt Stellung zu den G20-Ausschreitungen

11.07.2017

In mehreren Interviews hat der BDK-Landesvorsitzende Sebastian Fiedler Stellung zur aktuellen Diskussion anlässlich der G20-Ausschreitungen bezogen, der scheinbaren Überraschung verantwortlicher Politiker und den personellen Engpässen bei der Polizei und insbesondere beim polizeilichen Staatsschutz.

G20-Krawalle: "Alles, was wir in Hamburg gesehen haben, war vorauszusehen" (Deutschlandfunk, 10. Juli 2017)

Sebastian Fiedler im Gespräch mit Mario Dovovisek: Sebastian Fiedler hat die Entscheidung für die Austragung des G20-Gipfels in Hamburg kritisiert und darauf hingewiesen, dass die dortigen Ausschreitungen vorauszusehen gewesen seien. Fiedler weist darauf hin, dass der Linksextremismus von vielen politischen Kräften über Jahrzehnte lang nicht hinreichend ernst genommen worden ist und die personellen Kapazitäten für eine intensive Bekämpfung des gewaltbereiten Linksextremismus weder beim polizeilichen Staatsschutz in Bund und Ländern noch bei den Landesämtern für Verfassungsschutz vorhanden sind. Hier fehlt zusätzliches und zwar qualifiziertes Personal.

Die Extremisten-Datei hält Fiedler für ein richtiges "Mini-Mosaiksteinchen", die politische Diskussion sollte sich aber mit einer echten europäische Strafverfolgung und operativen Tätigkeiten von Europol auseinandersetzen.

Ausschreitungen beim G20-Gipfel: "Uns fehlen 40.000 bis 50.000 Polizisten" (ZDF heute, 10. Juli 2017)

Sebastian Fiedler erläuterte beim ZDF, dass seit Monaten darauf hingewiesen worden sei, dass die Hamburger Bürger so nicht zu schützen sein würden, wie die Polizei sich das vorgestellt habe. Bereits bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt wurden ähnliche Taktiken der Chaoten und Straftäter angewandt.

Fiedler wies darauf hin, dass der Politik hier ein vorausschauende Verhalten fehle - stattdessen werde nur reagiert, wenn tatsächlich etwas passiere. Das Personal zur Bekämpfung von Linksextremen lässt sich nicht von heute auf morgen aufstocken. "Uns fehlen 40.000 bis 50.000 Polizisten", erklärte der BDK Landesvorsitzende beim ZDF.

Schlagwörter
Eingriffsrecht Nordrhein-Westfalen Bund Kriminalitätsbekämpfung
diesen Inhalt herunterladen: PDF